

Medienmitteilung

Thema	Konsolidierung der Kantonsfinanzen (KP17)
Für Rückfragen	Michèle Graber, Fraktionsvorsitzende, michele.graber@grunliberale.ch 079 262 18 64 Claudia Huser, Kantonsrätin glp, claudia.huser@grunliberale.ch 079 628 34 35
Absender	Grünliberale Partei Kanton Luzern, 6000 Luzern lu@grunliberale.ch / www.lu.grunliberale.ch
Datum	06.09.2016

Konsolidierungsprogramm 2017: Die Grünliberalen tragen eine zeitlich beschränkte Steuererhöhung mit

Im Juni stellte die Veröffentlichung der Zahlen des Nationalen Finanzausgleichs (NFA) für das Jahr 2017 den Kanton Luzern vor eine zusätzliche Herausforderung. Nun wird bekannt, dass die Erträge des Kantons aus dem NFA für die Jahre 2017-2019 entgegen der Planung der Regierung um weitere 190 Millionen gesunken sind. Somit beträgt die Finanzierungslücke bis 2019 insgesamt 520 Millionen Franken – eine ausserordentliche und enorme Herausforderung! Um die Finanzen des Kantons Luzern nachhaltig wieder auf Kurs zu bringen, weisen die Grünliberalen schon länger auf die Notwendigkeit einer zeitlich beschränkten Steuererhöhung hin. Die Kantonsratsfraktion wird in den kommenden Wochen die weiteren, vorgeschlagenen Massnahmen detailliert analysieren.

Erhöhung des Steuerfusses in dieser Extremsituation nicht vermeidbar

Die Regierung legt dem Kantonsrat in der neuen Botschaft 30 strategische und rund 150 einzelne Massnahmen vor. Die Lage ist aber so angespannt, dass dies nicht ausreicht. Der Regierungsrat beantragt deshalb zudem eine Erhöhung des Steuerfusses von 1,6 auf 1,7 Einheiten. Damit nimmt die Regierung den Wink der Grünliberalen Partei auf: Bereits vor einigen Monaten haben die Grünliberalen darauf hingewiesen, dass der Kanton nicht an einer kurzfristigen Erhöhung des Steuerfusses herkommt. Diese Massnahme muss aber unbedingt zeitlich beschränkt sein und soll nur solange gelten, bis die weiteren Massnahmen greifen! In dieser finanziellen Extremsituation darf und muss an die Vernunft der anderen Parteien appelliert werden: Für die einzelnen Steuerpflichtigen ergibt sich aus der Erhöhung des Steuerfusses gemäss der Regierung eine vergleichsweise geringe Mehrbelastung. Vernunft ist zudem dringend erforderlich, um solche grotesken Massnahmen wie beispielsweise eine Woche Zwangsferien für SchülerInnen zu vermeiden. Das Ziel muss es sein, das Problem jetzt anzupacken statt es weiter vor sich her zu schieben.

Detaillierte Analyse der weiteren Massnahmen steht an

Die Grünliberalen begrüssen die Tatsache, dass die Regierung beispielsweise bezüglich Dienstaltersgeschenk mit ihrem Personal zusammen gesessen ist und einen Kompromiss finden konnte. Die Organisationsentwicklung erscheint weiterhin als Blackbox: Oberflächlich beziffert die Regierung zwar das Sparpotenzial, was genau geschieht, bleibt aber weiterhin im Dunkeln. Die Botschaft zum Konsolidierungsprogramm 2017 kommt im November 2016 in den Kantonsrat. Die Fraktion der Grünliberalen Partei wird bis dahin neben der Organisationsentwicklung auch die weiteren, vorgeschlagenen Massnahmen detailliert analysieren und sich im Parlament für eine akzeptable und umfassende Lösung des Finanzproblems einsetzen.

Die SP-Steuerinitiative, die von den Unternehmen 50% mehr Steuern verlangt, nützt aber nichts im Kampf gegen das Finanzproblem. Im Gegenteil: Eine Annahme dieser schädlichen Initiative würde das Problemfeld sogar erweitern. Im Vergleich dazu stellt die Erhöhung des Steuerfusses eine ausgereifere und nachhaltigere Lösung dar. Deshalb empfehlen die Grünliberalen am 25. September 2016 ein **NEIN zur kantonalen Initiative „Für faire Unternehmenssteuern“!**